

Geburtstagsfest und «Genderwahnsinn»

Die Thurgauer EDU feiert in diesem Jahr ein rundes Jubiläum. Auch politisch hat die Partei bereits Ideen.

Sabrina Bächli

Die Kantonsräte der Thurgauer EDU haben am Dienstag zu ihrer Jahrespressekonferenz eingeladen. Gastgeber Lukas Madörin ist zwar abwesend, das Säli in seinem Haus genügt jedoch für die Konferenz. Parteipräsident Christian Mader stellt mit Fraktionspräsident Marcel Wittwer, Christian Caviezel, Andreas Sigrist und Peter Schenk die Ziele der Partei vor.

Die EDU feiert sich selbst

Seit 50 Jahren gibt es die EDU als Partei bereits. 1975 wurde sie als Partei, welche die biblischen Werte hochhalten will, gegründet. Im Thurgauer Kantonsparlament ist die EDU derzeit erfolgreich unterwegs, ist sie doch nicht mehr die kleinste Fraktion im Rat. «Im März feiern wir das mit einem Fest in Heldswil», sagt Christian Mader, Präsident der EDU Thurgau.

Vorstoss gegen den «Genderwahnsinn»

Gegen die Genderideologien, die sich manifestieren, will EDU-Kantonsrat Christian Caviezel einen Vorstoss im Parlament einreichen. Mit einer Motion will er erreichen, dass geschlechtsangleichende Operationen grundsätzlich nicht mehr vor dem 18. Lebensjahr durchgeführt werden können «und wenn, dann nur mit Zustimmung der Eltern», sagt er. Es sei ein präventiver Vorstoss, welcher der Gesellschaft eine gesunde Richtung weisen soll.

Der Schöpfung Sorge tragen

Kantonsrat Andreas Sigrist hat Einsitz in der neuen ständigen Kommission Klima, Energie und Umwelt. «Bisher gab es erst eine Sitzung», sagt Sigrist. Doch er habe bereits festgestellt, dass die Ansichten in dieser Kommission stark auseinandergehen würden. Seine Ansicht als EDU-Vertreter ist klar: «Wir wollen

nicht, dass Menschen mit dem Thema Klima geknechtet werden.»

Verschlinkung des Staatsapparats

«Wirtschaftlichkeit ist für die EDU keine Option, sie ist ein absolutes Muss», sagt Fraktions-

präsident Marcel Wittwer. Im Moment herrsche bei etlichen Beispielen eine «völlig verfehlte Prioritätensetzung». Etwa bei der Kinderbetreuung. «Diese ist per Definition keine Staatsaufgabe und gehört in die Sphäre der Familie.» Es sei ein Eigentümer, die Kinderbetreuung stärker

auszulagern und fremdzufinanzieren. Das sei ein Kostentreiber, weil man die Aufgaben nicht selbst übernehmen wolle oder es sich nicht getraut, nur weil der Staat es angeblich könne oder gar besser könne.

Prostituierte vor Ausbeutung schützen

Einen weiteren Vorstoss plant die EDU mit Mindestanforderungen, die sie im Sexgewerbe fordert. Prostitution sei bezahlte Vergewaltigung, sagt Christian Caviezel. «Mit dieser Motion wollen wir als Erstes die schwächsten Menschen vor Ausbeutung schützen, Zwangsprostitution stoppen und Freier zur Rechenschaft ziehen.» Man müsse sich nicht wundern, wenn in den Schlagzeilen stets von Gräueltaten und Vergewaltigungen geschrieben werde. «Das passiert, wenn man die Augen vor der pervertierten Sexsucht im Rotlichtmilieu verschliesst.»



Die EDU-Vertreter: Fraktionspräsident Marcel Wittwer, Christian Caviezel, Andreas Sigrist, Peter Schenk und Parteipräsident Christian Mader. Kantonsrat Lukas Madörin fehlt.

Bild: Sabrina Bächli